

# **Ein Jahr Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa im Lande Bremen**

## **Eine persönliche Bilanz und ein Blick nach vorn**

Von Reinhard Loske

Für mich war das erste Jahr meiner Amtszeit als Senator ein ereignisreiches und gutes Jahr. Aufgrund der Zuständigkeit für die lebenspraktischen Bereiche Umwelt, Bauen, Energie und Verkehr ist mein politischer Alltag in hohem Maße durch den direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Unternehmen geprägt. In vielen solcher Gespräche und Veranstaltungen ist mir das Besondere bremischer Politik klar geworden: die weit verbreitete Freude an unmittelbarer Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, wo dies erforderlich ist. Sollte man Bremen in Kurzform charakterisieren, so schiene es mir mit „Lebendige Bürgergesellschaft“ gut beschrieben.

Der Beginn meiner Amtszeit war vor allem von der Debatte um die energiepolitische Zukunft Bremens geprägt. Der seinerzeit geplante Bau eines großen Kohlekraftwerks wäre mit den Zielen des Klimaschutzes nicht vereinbar gewesen und hätte den Umstieg auf erneuerbare Energien und Effizienztechniken enorm erschwert. Es ist bekannt, dass große Teile der bremischen Öffentlichkeit und auch ich den geplanten Bau des Kohlekraftwerks für falsch hielten. Darüber, dass der örtliche Energieversorger die Pläne aus verschiedenen Gründen letztlich zurückzog, herrschte denn auch große Erleichterung.

Mit dem Verzicht auf das Kohlekraftwerk sind die energiepolitischen Aufgaben für die Zukunft des Landes Bremen klar definiert: Ausbau erneuerbarer Energien, effizientere Energieerzeugung und Energieeinsparung auf allen Ebenen. Diese allgemeinen Ziele gilt es jetzt konkret und nachvollziehbar umzusetzen.

Der Wandel in der bremischen Energiepolitik ist schon heute deutlich zu spüren: Das Weserkraftwerk ist im Bau; der Ausbau der Windenergie an Land schreitet voran; die Offshore-Branche in Bremen und Bremerhaven boomt und zieht interessierte Besucher aus aller Welt an; der Einsatz von Bioenergie aus Reststoffen wird mit der Fertigstellung des Mittelkalorikkraftwerks im Hafen deutlich ansteigen; die öffentliche Hand wird ihre Strombeschaffung auf erneuerbare Energien umstellen; in der Überseestadt wird der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung vorangetrieben; es fließt mehr Geld in die energetische Sanierung von Privathäusern, Schulen, Sporthallen und öffentlichen Gebäuden. All diese Maßnahmen sind nicht nur Beiträge zum Klimaschutz, sondern schaffen auch dauerhaft Arbeitsplätze, vor allem im Bereich des Handwerks.

Die Energiewende und der Klimaschutz werden in den kommenden Jahren zentrale Handlungsfelder meines Ressorts und des Senats insgesamt sein. Uns muss klar sein, dass wir hier erst am Anfang stehen. Dabei wird bremische Politik die Probleme nicht allein lösen können, sondern braucht förderliche Rahmenbedingungen von der Bundes- und der EU-Ebene. Im Bundesrat hat Bremen deshalb gemeinsam mit Hamburg verschiedene Anträge zum Ausbau der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung eingebracht, die zum guten Teil eine Mehrheit fanden. In meiner Funktion als Europasenator habe ich im Gespräch mit EU-Kommissar Dimas dafür geworben, die Potenziale der Offshore-Windenergie stärker in die europäische Klimastrategie einzubeziehen, und die entsprechende Kompetenz Bremens und Bremerhavens herausgestellt.

Selbst wenn es uns gelingt, die klimaschädlichen Emissionen drastisch zu reduzieren, werden wir den Klimawandel nicht mehr gänzlich aufhalten können. Das heißt auch, dass wir uns mit seinen Folgen wie dem Meeresspiegelanstieg auseinandersetzen müssen. Die Erhöhung unserer Deiche, der Schutz unserer Küsten und die Schaffung von zusätzlichen Überflutungsräumen für den Ernstfall sind wichtige Maßnahmen, die wir während der nächsten zehn Jahre umsetzen müssen. Die hierfür erforderlichen Finanzbedarfe sind erheblich. Darüber, wie diese Mittel aufgebracht werden können, laufen derzeit innerhalb des Senats und mit der Bundesregierung Gespräche.

Beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels kann unserer Region auch die hier versammelte wissenschaftliche Kompetenz helfen. Ich bin sehr froh darüber, dass es der Metropolregion Nordwest, deren Vorstand ich angehöre, gemeinsam mit den Universitäten Bremen und Oldenburg gelungen ist, vom Bundesforschungsministerium ein großes und mehrjähriges Projekt einzuwerben, in dem es um Anpassungsstrategien unserer Region an den Klimawandel geht. Dass dieses Projekt sich im Wettbewerb gegen viele Konkurrenten durchsetzen konnte, zeugt einmal mehr von der hohen Qualität unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Hochwasserschutz heißt aber nicht nur Deicherhöhung. Er bedeutet auch, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben, damit sie bei extremen Niederschlagsereignissen, bei Sturmfluten oder gar beim Zusammenfallen solcher Ereignisse nicht über die Deiche treten und enorme Schäden anrichten. Mit unserem Programm „Lebensader Weser“ leisten wir einen Beitrag zur Renaturierung des Flusses. Die geplante Weservertiefung ist - wie mittlerweile auch die Bundeswasserstraßenverwaltung festgestellt hat - in jedem Fall ein „erheblicher Eingriff“ im Sinne des europäischen Naturschutzrechtes. Sollte die Wasser- und Schifffahrtsdirektion im Rahmen des derzeit laufenden Planfeststellungsverfahrens eine weitere Weservertiefung für vertretbar halten und genehmigen, so sind in jedem Fall umfassende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Bereich der Weser und ihrer Aue erforderlich. Als für Natur- und Hochwasserschutz des Landes Bremen zuständige Behörde werden wir genau darauf achten, dass diese Belange uneingeschränkt berücksichtigt werden.

Wichtige Entscheidungen sind in diesem Jahr auch in zwei anderen Handlungsfeldern der Wasserpolitik Bremens getroffen worden: Im Schlichtungsverfahren mit der Hansewasser konnten wir erreichen, dass die Abwassergebühren für die Bürgerinnen und Bürger Bremens bis 2010 stabil bleiben. Damit ist eine lang andauernde Hängepartie endlich beendet worden. Auch ist es uns im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gelungen, bei der Vorsorge gegen nasse Keller ein von allen getragenes Vorgehen zu etablieren, sodass gemeinsam mit den Betroffenen die Schutzziele erreicht und gleichzeitig ein jahrelanger Rechtsstreit vermieden werden konnte.

Bremen ist eine grüne Stadt mit vielen Parks und ökologisch wertvollen Gebieten wie dem Feuchtwiesengürtel. Ich bin sehr froh darüber, dass es uns - auch durch die großzügige Unterstützung eines privaten Stifters - gelungen ist, die Zukunft des Rhododendronparks dauerhaft zu sichern. Natur- und Artenschutz sind für uns zentrale Handlungsfelder. Zum internationalen Jahr der Biodiversität hat Bremen durch vielfältige Maßnahmen und Aktionen einen wichtigen Beitrag geleistet.

Einen sehr großen Teil meiner politischen Arbeit hat im zurückliegenden Jahr die Verkehrspolitik ausgemacht. Zu nennen ist hier zunächst die Absicherung des weiteren Ausbaus des Straßenbahnnetzes im Doppelhaushalt 08/09 und die deutliche Aufstockung der Haushaltsmittel für den Radverkehr. Besonders froh bin ich darüber, dass es uns durch

beharrliches Arbeiten, gutes Argumentieren und das notwendige Quentchen Glück gelungen ist, die S-Bahn-Vergabe über alle rechtlichen Einwände und politischen Ränkespiele hinweg erteilen zu können. Ab Ende 2010 bekommt Bremen nun endlich die S-Bahn, die der Größe unserer Stadt angemessen ist: 15-Minuten-Takt ins Umland, moderne Fahrzeuge, hoher Komfort.

All diese Maßnahmen dienen dazu, die Bedeutung des Umweltverbundes aus Bus, Straßenbahn und S-Bahn, Rad- und Fußgängerverkehr zu erhöhen und dessen Qualität zu verbessern. In diesen Bereichen sehe ich, auch wegen gestiegenen Umweltbewusstseins und steigender Energiepreise, noch gewaltige Wachstumspotenziale. Dies gilt auch für das Car-Sharing, dessen Attraktivität wir in Bremen durch politische Rahmensetzung weiter steigern wollen.

In Bremen hat der Radverkehr schon heute einen hohen Stellenwert. Wir wollen diese Position noch deutlich ausbauen und streben einen Anteil von mindestens 30 Prozent am innerstädtischen Verkehr an.

Durch größere Auseinandersetzungen waren im zurückliegenden Jahr die Themen Straßenbau und Automobilverkehr geprägt. Dies gilt insbesondere für die Debatte um die A 281, vor allem den Bauabschnitt 2.2 zwischen Huckelriede und Arsten. Große Straßen durch besiedeltes Gebiet sind per se immer konfliktrichtig. Das kann gar nicht anders sein. Am Runden Tisch haben wir in einem mehrmonatigen Prozess versucht, den Anliegerinteressen so weit wie möglich entgegenzukommen, ohne das weit gediehene Planfeststellungsverfahren neu aufrollen zu müssen und weitere Jahre zu verlieren. Auch durch Zusagen der Bundesregierung ist ein solches Entgegenkommen nach meiner Auffassung zum guten Teil gelungen. Ich bin mir aber klar darüber, dass die von Senat und Bürgerschaft zugesagten Verbesserungsmaßnahmen von den Bürgerinitiativen als nicht zufriedenstellend empfunden werden.

Wenn das Projekt „Ringstraße“ inklusive der Weserquerung mit seinen erheblichen Verkehrsentslastungswirkungen für große Teile Bremens jedoch bis 2015 realisiert sein soll, müssen tragfähige Kompromisse gefunden werden. Für solche Kompromisse werbe ich, auch in dem Bewusstsein, dass nach Fertigstellung der A 281 und ihres Zubringers B 212n in Bremen keine größeren Straßenbauprojekte mehr notwendig sind und wir uns voll auf die Pflege des Straßenbestandes konzentrieren können. Nach Fertigstellung des Rings können auch verschiedene innerstädtische Verkehrsprobleme anders angegangen werden, etwa die Entwicklung der Bahnhofsvorstadt und der Abriss der Hochstraße mit ihrer extremen Zerschneidungswirkung.

Die größte öffentliche Aufmerksamkeit hatten im zurückliegenden Jahr aber zwei andere verkehrsbezogene Projekte: die Einführung eines Tempolimits auf den Autobahnen 1 und 27 sowie die Einrichtung der Umweltzone.

Die bremische Bürgerschaft hat mit großer Mehrheit die Einführung von Tempo 120 auf den bislang unlimitierten Abschnitten des bremischen Autobahnnetzes beschlossen und mich als Verkehrssenator damit beauftragt, dies umzusetzen. Diesem Auftrag bin ich gerne nachgekommen. Ich halte das Tempolimit aus Gründen der Verkehrssicherheit, des Lärmschutzes und des Klimaschutzes für eine äußerst sinnvolle Maßnahme. Den Zuspruch für das Tempolimit aus großen Teilen der Bevölkerung konnten auch einige äußerst aggressive Kritiken nicht übertönen.

Emotionale Energien waren verständlicherweise auch bei der Einrichtung der Umweltzone im Spiel. Ich habe mich über manch rabiaten Angriff zwar gewundert, war aber über die Auseinandersetzung nicht wirklich erstaunt, denn sie ist in fast allen deutschen Großstädten nach dem gleichen Muster abgelaufen. Nachdem der Pulverdampf sich verzogen hat, bleibt folgendes festzustellen: In Bremen werden die Grenzwerte gesundheitsschädigender Schadstoffe an verschiedenen Stellen teils erheblich überschritten, vor allem in der Neustadt und „Am Dobben“. Deshalb müssen nach europäischem Recht Luftreinhaltemaßnahmen für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung ergriffen werden. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger ein einklagbares Recht, wie das Bundesverwaltungsgericht und der Europäische Gerichtshof festgestellt haben.

So wie viele andere Großstädte in Deutschland erhält nun auch Bremen eine Umweltzone. Diejenigen, die gar keine, eine kleine (nur Innenstadt) oder eine schwache Umweltzone (gelbe Plakette reicht auch nach 2012) wollten, haben sich nicht durchgesetzt. Die Umweltzone schließt die Innenstadt und die Neustadt ein; sie beginnt zum 1.1.2009 und wird schrittweise verschärft; ab Mitte 2011 ist die Zufahrt in die Umweltzone nur noch mit grüner Plakette möglich. Die diversen Ausnahmen sind zwar von meinem Ressort nicht für notwendig erachtet worden, schwächen die Funktionstüchtigkeit der Umweltzone aber nicht wesentlich. Meine Behörde wird in den nächsten Monaten die notwendigen Informationen bereitstellen, damit die Einführung der Umweltzone möglichst reibungslos erfolgen kann.

Bauen und Stadtentwicklung sind Bereiche meines Ressorts, die sich ebenfalls großer öffentlicher Aufmerksamkeit erfreuen. Ob Zukunft des Sendesaals oder Baugenehmigung für die Waterfront, „Umgedrehte Kommode“ oder Siemens-Hochhaus, Weserspitze oder Hafenkante, Bebauung am Bunnsackerweg oder Folgenutzung der Flächen des Klinikums Mitte, stets werden Bauthemen kontrovers und leidenschaftlich diskutiert. Kaum im Amt etwa wurde ich mit dem Wunsch eines Investors konfrontiert, den gescheiterten Space Park in ein großes Einkaufs- und Erlebniszentrum mit reichlich Verkaufsfläche umzuwandeln, ganz anders als ursprünglich geplant.

Es versteht sich von selbst, dass ein solch fundamentaler Nutzungswandel zunächst gewissenhaft auf seine Verträglichkeit mit den Zielen der Stadtentwicklung, der Einzelhandels- und Verkehrsentwicklung überprüft werden muss. Doch kaum war mit der Prüfung begonnen worden, da hallte es schon von interessierter Seite: „Das dauert viel zu lange; Loske will das verhindern.“

Am Ende des Tages wurde in besagter Angelegenheit wie auch bei anderen diskutierten Projekten eine gute und einvernehmliche Lösung gefunden, die stadtverträglich ist und dem Investor eine realistische Chance bietet, die Waterfront zu einer Erfolgsgeschichte zu machen. Ich wünsche dem Unternehmen jedenfalls viel Erfolg dabei.

Um sich im Bereich der Stadtentwicklung nicht von Fall zu Fall treiben zu lassen, braucht man Vorstellungen über die „langen Linien“. Unser Leitbild ist die kompakte und nachhaltige Stadt, also die Stadt der kurzen Wege, in der die Lebensbereiche Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Bildung, Erholung in der Natur gut gemischt sind und überflüssige Verkehrsströme entfallen können. Durch eine überlegte Baulandausweisung wollen wir das Zerfließen der Stadt an ihren Rändern beenden, auf maßvolle Nachverdichtung setzen und die Innenstadt und die Stadtteilzentren stärken. Wir gehen davon aus; dass es eine Rückwanderung aus dem Umland in die Städte geben wird, wenn diese es schaffen, hohe Lebensqualität zu ermöglichen.

Wichtige Faktoren sind dabei neben Wohnraum, Arbeitsplätzen und Einkaufsmöglichkeiten vor allem gute Kinderbetreuung, gute Schulen, gute Luft, verträgliche Lärmwerte, ein guter ÖPNV und viel innerstädtisches Grün, so wie wir es schon heute in den Kleingartenanlagen, im Bürgerpark, im Rhododendronpark oder in Knoop's Park haben. In ein solches Klima gehört auch die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen und gemeinschaftlichen Wohnformen, die mein Ressort fördert. Ausdrücklich unterstütze ich bauträgerfreies Wohnen, das Individualität in der Baugemeinschaft zulässt. Dieser Ansatz ist in Bremen bislang viel zu schwach vertreten.

Baupolitik heißt aber heute nicht mehr vorrangig, sich um Neubau zu kümmern. Vor allem geht es um die Modernisierung des Gebäudebestandes. Dies betrifft insbesondere die energetische Modernisierung, die mein Ressort fördert und wofür auch die Bundesregierung mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau erhebliche Mittel zur Verfügung stellt. Sie senkt dauerhaft die Energierechnung; reduziert den Kohlendioxidausstoß und schafft Arbeitsplätze im Handwerk. Neben der Energieeinsparung ist die Barrierefreiheit die zweite große Herausforderung der Gebäudemodernisierung. Hier sehe ich die Aufgabe meiner Behörde vor allem darin, die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durchzusetzen.

Weitere Schwerpunkte im zurückliegenden Jahr waren die ressortübergreifende Erarbeitung einer EU-Strategie des Senats, die Mitarbeit im Bundesrat und in diversen Ministerkonferenzen, die Arbeit in der Metropolregion Nordwest und im Kommunalverbund, dessen Vorsitzender ich seit einigen Wochen bin. All diese über Bremen hinausgehenden Tätigkeiten tragen dazu bei, dass die Stimme unserer Stadt und unseres Bundeslandes in der näheren und weiteren Region, im Bund und in der Europäischen Union gehört wird. Gerade als kleiner Stadtstaat sind wir auf Kooperation und wechselseitige Rücksichtnahme angewiesen und wollen selbst ein zuverlässiger Partner sein.

Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind noch gewaltig: von der Durchfinanzierung der diversen Verkehrsprojekte und des Küstenschutzes über die ökologische Energiepolitik und die Wohnraummodernisierung bis zur nachhaltigen Stadtentwicklung und dem Natur- und Freiraumschutz. Das alles ist aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht einfach. Wir werden Schwerpunkte setzen müssen, manches zurückstellen und auf manches sogar ganz verzichten müssen. Aber angesichts dessen, was wir im ersten Jahr unserer Regierung schon beginnen konnten, bin ich zuversichtlich, dass wir die Herausforderungen der Zukunft meistern werden.

**Bremen, im August 2008**